



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Susann Biedefeld, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Herbert Woerlein**
SPD

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den
Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 03 09 (Landratsämter) wird im Tit. 422 21 (Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger) im Jahr 2016 der Ansatz von 5.186,6 Tsd. Euro um 309,4 Tsd. Euro auf 5.496,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Mittel dienen zur Finanzierung von 71 Planstellen für Regierungssekretäranwärterinnen bzw. Regierungssekretäranwärtern (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst) für den mittleren technischen Überwachungsdienst zum Schutz der Verbraucher.

Die Stellen werden im Haushaltsgesetz geschaffen, sie können ab 1. September 2016 besetzt werden.

Ein entsprechender Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz vorgelegt.

Begründung:

Die weit hinter dem Soll-Bestand hinterherhinkende Besetzung der Stellen von Lebensmittelkontrolleuren hängt unter anderem damit zusammen, dass Lebensmittelkontrolleure erst ausgebildet werden, wenn eine Stelle frei wird. Dies führt konkret dazu, dass während der 24-monatigen Ausbildung die Stelle jeweils nicht besetzt werden kann. Um diesem Mangel abzuhelpfen, sollen 71 Anwärterstellen geschaffen werden und damit beträchtliche Engpässe abgestellt werden.

Anfragen haben ergeben, dass massive Kontrollrückstände aufgrund des Personalmangels an den Landratsämtern herrschen. In den nächsten Jahren ist zusätzlich einem Sinken des Personalbestands aufgrund von Pensionierungen vorzubeugen. Aus diesen Gründen sowie aufgrund aktueller Ereignisse, die auf nicht ausreichend vorhandenes Kontrollpersonal schließen lassen, müssen an den Landratsämtern 71 Planstellen für Regierungssekretäranwärterinnen und Regierungssekretäranwärter für den mittleren technischen Überwachungsdienst für verstärkte Kontrollen zum Schutz der Verbraucher geschaffen werden.